Ausgabe
Mai
2009

DIE LINKE-IMPULSE
Zeitung des Kreisverbandes Märkisch-Oderland

Wir setzen auf ein gutes Ergebnis zu den Europawahlen

Statement des Parteivorsitzenden Lothar Bisky auf der Pressekonferenz im Berliner Karl-Liebknecht-Haus am 20.04.2009



„ Meine Damen und Herren, die Medien interessieren sich heute in sehr starkem Maße für den Wahlkampf der SPD. Das ist das natürliche Thema. Es wird bei uns auch erwähnt werden. Ich möchte aber zunächst auf andere Fragen eingehen. Das mit dem „Linksblinken“ kennen wir ja schon.
Ich will etwas zunächst in den Mittelpunkt stellen, was uns näher liegt: In 48 Tagen haben wir Europawahlen. Im Februar haben Demoskopen gesagt, 69 Prozent der Menschen in Deutschland wissen nicht, dass im Juni Europawahlen sind.
Da sind wir - wie andere Parteien auch - gefordert, das bekannt zu machen. Übrigens in allen Ländern der EU sieht es nicht gut aus mit der Bekanntheit dieser Wahlen.
Es wird eine niedrige Wahlbeteiligung vorausgesagt.
Das würde die Krise der Demokratie in der Europäischen Union weiter verschärfen. Diese Krise der Demokratie ist aus verschiedenen Gründen eingetreten. Die Partei der Europäischen Linken versucht, dagegen anzugehen. Wir haben uns mit unserer gemeinsamen Wahlplattform auch programmatisch etwas dagegen zu setzen: die soziale Dimension der europäischen Integration wird von uns betont. Das ist ein Markenzeichen der Linken – sozial original sagen viele. Das wird auch in allen Ländern so gesehen. Angesichts der schweren Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftskrise werden Wege zum sozialökologischen Umbau der Gesellschaft vorgeschlagen. Wir wollen keine Konjunkturprogramme, die auf ein „Weiter- so!“ in der Wirtschaftspolitik setzen. Wir wollen mehr europäische Koordination. Wir wollen demokratische Kontrolle der Europäischen Zentralbank, die auch an Kriterien wie Beschäftigung und Wachstum gebunden werden soll und nicht einfach auf Geldstabilität. Als Deutsche nehmen wir den Zusammenhang zwischen Bundes- und Europapolitik sehr ernst. Krisenintervention werden nicht mit einem nationalen Konjunkturprogrammwettbewerb gewonnen, sondern nur europäisch sind sie sinnvoll. Und nur, wenn die europäischen Länder zusammenarbeiten, wird es dort Fortschritte geben. Das ist eine feste Position von uns....“
mehr unter
www.die-linke.de



EUROPA und die Kommunen

Auszug aus Fakten und Positionen von Felicitas Weck:
Welchen Einfluss hat die Europäische Union auf unser Leben in Städten und Gemeinden?
März 2009

Vielen Menschen erscheint die Politik der Europäischen Union abstrakt und bürgerfern – aber insbesondere unser Städte, Gemeinden und Landkreise sind direkt von Entscheidungen der EU betroffen.

Kommunalpolitik wird (auch) in Europa gemacht

Die Europäische Union ist immer mit dabei: bei der Versorgung mit Wasser, Strom und Gas, bei der Festlegung der Abgaswerte der örtlichen Müllverbrennung, beim Vergabeverfahren beispielsweise zum Schulneubau, der Planung zum öffentlichen Personennahverkehr, bei der Errichtung von Umweltzonen zur Verringerung der Feinstaubbelastung.

In Deutschland gehen circa 60 Prozent kommunaler Gesetzgebung und 100 Prozent der Umweltgesetzgebung direkt mit Brüsseler Entscheidungen einher. Kommunale Bereiche, bei denen jeglicher Einfluss der europäischen Ebene außen vor bleibt, gibt es kaum noch.

Für eine solidarische Regional- und Strukturpolitik

Die Europäische Union hilft bei der Finanzierung regionaler Projekte mit: beispielsweise bei öffentlich geförderter Beschäftigung für Menschen, die lange arbeitslos waren oder beim Ausbau des Stadtbahnsystems, um die Innenstadt vom Autoverkehr zu entlasten.

Im Zeitraum 2007 bis 2013 stellt die EU 308 Milliarden Euro im Rahmen ihrer Strukturpolitik zur Verfügung. Damit können wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten sowie Umweltprobleme in den Kommunen bekämpft werden. Gebiete mit naturbedingten geographischen Nachteilen - Insel- und Gebirgsregionen oder dünn besiedelte Gebiete - werden verstärkt gefördert.
Der größte Teil der Gelder fließt in die Strukturfonds „Europäischer Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE), „Europäischer Sozialfonds“ (ESF) und den Kohäsionsfonds.

Was sagt die Linke?

Bei der Weiterentwicklung der EU-Strukturförderung muss europäische Solidarität Vorrang vor nationalstaatlichen Egoismen haben.
Ziel der Regional- und Strukturpolitik müssen in erster Linie verbesserte Arbeits- und Lebensverhältnisse der Menschen sein. Für die Förderwürdigkeit einer Region sind daher die folgende Kriterien stärker zu berücksichtigen: Quantität und Qualität der Beschäftigung, Einkommenssituation der Menschen, Zahl der Ausbildungsplätze, Stand der Geschlechtergleichstellung, Industriedichte, Niveau des Umweltschutzes, Forschungs- und Entwicklungspotentiale, Angebotsstruktur von öffentlichen Dienstleistungen sowie die ökologische und soziale Nachhaltigkeit der Entwicklung.
Die europäische Regional- und Strukturpolitik muss mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet sein.

Eigenständige Kommunen

Die Europäische Union legt beispielsweise fest, dass die Müllvermeidung Vorrang vor Müllablagerung auf einer Deponie hat. Müll muss zudem so abgelagert werden, dass die Umwelt nicht gefährdet wird. Der zu-

ständige Landkreis oder die Stadt entscheidet nun, wie möglichst viel Müll vermieden, recycelt und verwertet wird. Sie beschließt mit welchen Verfahren der restliche Müll so behandelt wird, dass eine gefahrlose Ablagerung auf einer sicheren Deponie möglich ist.

Die EU unterliegt der *Subsidiarität*. Das bedeutet, dass Entscheidungen so bürgernah wie möglich zu treffen sind. Wenn ein Problem wie die Müllentsorgung lokal und national behandelt werden kann, muss für die Beteiligung der EU ein besonderer Grund vorliegen. Dort, wo sie nicht ausschließlich zuständig ist, darf die Union nur handeln, wenn ihre Maßnahmen wirksamer sind als nationale, regionale oder lokale Maßnahmen. Im EU-Vertrag von Nizza wurde festgehalten: die Menschen in der EU haben ein Anrecht auf „ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität, die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität". Dafür gibt es Verordnungen und Richtlinien der EU, die Mindest-bedingungen festlegen.

Was sagt die Linke?

DIE LINKE steht für die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips. Denn das Wissen vor Ort ist ein wertvoller Rohstoff für kluge politische Entscheidungen. Es gibt Probleme, die nur auf europäischer Ebene sinnvoll gelöst werden können. Doch es müssen genügend Möglichkeiten bleiben, dass die Menschen in Städten und Gemeinden ihre unmittelbare Lebensumwelt selbstständig gestalten können. Wir wollen eine Europäische Union mit demokratischen Institutionen und transparenten, bürgernahen Entscheidungsprozessen.

Kommunales Wahlrecht für alle

Die junge Griechin von nebenan darf an den Kommunalwahlen teilnehmen, die Türkin von gegenüber aber nicht. Obwohl beide in Deutschland geboren sind, haben sie nicht die gleichen demokratischen Rechte.

In der Europäischen Union haben alle Bürgerinnen und Bürger eines Mitgliedstaates der EU das Recht an ihrem Wohnsitz ihre politischen VertreterInnen im Stadt- oder Gemeinderat zu wählen und sich auch selbst zur Wahl aufzustellen – das aktive und passive Kommunalwahlrecht. Dahinter steht die Erkenntnis, dass Menschen erst dann in die Gesellschaft eingebunden werden, wenn sie aktiv an ihrer Politik mitwirken können.

Was sagt die Linke?

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass das Kommunalwahlrecht und das Recht auf Freizügigkeit und Aufenthalt für alle Menschen gelten, die ihren Lebensmittelpunkt in einem EU-Mitgliedsland haben. Das geschieht bereits in vielen europäischen Ländern, beispielsweise in Dänemark, Irland, den Niederlanden oder in Schweden.

Die Dienstleistungsrichtlinie greift tief in sozial- und beschäftigungspolitische Belange ein

Ob Immobilienmaklerin oder Friseur, ob Finanzdienstleisterin oder Gebäudereiniger: Wer ein Gewerbe anmelden will, muss viele Formalitäten beachten. Insbesondere diejenigen, die sich mit ihrer Firma in einen anderen Staat wagen, sind schnell überfordert. Die Dienstleistungsrichtlinie sollte Abhilfe schaffen.

Im November 2006 wurde die EU-Dienstleistungsrichtlinie verabschiedet. Kommunen sollen sie bis zum 28. Dezember 2009 umsetzen. Die nach dem früheren EU-Wettbewerbskommissar auch als „Bolkestein-Hammer" bezeichnete Richtlinie greift in vielfacher Weise in die kommunale Praxis ein. So sollen beispielsweise einheitliche AnsprechpartnerInnen für Behördengänge geschaffen werden.

Unter dem rot-roten Senat in Berlin wurde bereits mehr als drei Jahre vor dieser Richtlinie mit der Zentralen Anlauf- und Koordinierungsstelle (ZAK) eine solche Initiative ergriffen, die die Zuständigkeiten in der Verwaltung sinnvoll bündelt.

Was sagt die Linke?

DIE LINKE lehnt die Dienstleistungsrichtlinie ab. Der „Bolkestein-Hammer" ist ein Angriff auf bisherige europäische Errungenschaften. Es gibt grundsätzlich positive Ansätze wie die Forderungen nach einheitlichen AnsprechpartnerInnen in der Verwaltung oder der Stärkung des e-Governments. Sie gehen angesichts des folgenschweren Gesamtpakets aber schlicht unter. Außerdem werden sie viel von ihren positiven Effekten dadurch einbüßen, dass die einzelnen Staaten sie unterschiedlich umsetzen. Bürgernahe Verwaltungseinrichtungen bedürfen keiner europäischen Dienstleistungsrichtlinie.

Statt einer solchen Dienstleistungsrichtlinie unterstützt DIE LINKE einen gesetzlichen Mindestlohn, die Verschärfung des bundesdeutschen Arbeitnehmerentsendegesetzes und seine Ausdehnung auf alle Dienstleistungsbranchen, sowie die Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit, die Löhne und Sozialleistungen unter Druck setzt,. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss gegen Privatisierung und Wettbewerb geschützt und Öffentliches Eigentum gestärkt werden.

Aus dem Bundestag

Zur kürzlich ergangenen Gerichtsentscheidung

1. Das Landessozialgericht Hessen und das Bundessozialgericht haben kurz aufeinander die Hartz IV-Regelsätze für Kinder für verfassungswidrig erachtet und das Bundesverfassungsgericht angerufen.

2. Das Landesarbeitsgericht Hamm hat im März diese Jahres entschieden, dass ein Stundenlohn von 5,20 Euro für Verkäuferinnen und Verkäufer im Einzelhandel sittenwidrig ist. Der Stundenlohn der Klägerinnen wurde nachträglich auf 8,21 Euro aufgestockt.

3. Der Bundesgerichtshof hat im Februar dieses Jahres der Anfechtung von Lohnzahlungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Insolvenzverwalter einen Riegel vorgeschoben. Die sozialstaatlich besonders schützenswerte Position der ArbeitnehmerInnen ist so im Falle der Insolvenz besser geschützt.

Wolfgang Neskovic, 07.04.2009



Aus dem Kreistag

Aus der Rede im Kreistag MOL zur Haushaltsdebatte

25.03.09

Es ist festzustellen, das wieder ein Jahr vergangen ist und es keinerlei Anzeichen dafür gab, endlich eine Kommunalfinanz-reform in dieser Bundesrepublik durchzuführen, die seit Anfang der neunziger Jahre *(in der alten BRD eigentlich schon seit den 60ziger Jahren mehr als überfällig ist).*



Nein, man lässt die Kommunen in Abhängigkeit von schwankenden Finanzströmen mal mehr oder mal weniger am langen Arm verhungern. so kann ich auch die Forderung der Gemeinde Rüdersdorf nach zuverlässigen soliden planbaren Finanzen nachvollziehen, jedoch nicht die Generalkritik am Landkreis – unser Ziel, liebe Bürgermeister und Amtsdirektoren muss es sein, gemeinsam aufzubegehren gegen die politischen Ebenen, die in gesetzgeberischer Verantwortung eine solche Reform zu beschließen haben.

Da diese nicht wahrgenommen wird, kann man nur zur Schlussfolgerung gelangen, das die Verschuldung der Kommunen dazu dienen soll, ihre kommunale Selbstverwaltung und Selbstbestimmung zu beschränken.

Dieses These ist nicht neu.

So hat in den 60 ziger Jahren schon Franz-Josef Strauss die Verschuldung der Kommunen als notwendiges gesamtwirtschaftliches Instrument bezeichnet, von dem noch stärker Gebrauch gemacht werden müsste.

- starke Kommunen könnten mit ihren Finanzmitteln, ihren Betrieben und den verfassungsmäßigen Rechten eine Kraft darstellen, die mit über die Verwertungsbedingungen des Kapitals entscheidet.
- Sie könnten stärker Einfluss auf Ansiedlungen von Betrieben, Arbeitskräften und die Entwicklung der Infrastruktur nehmen
- Aber so zahlen wir unentwegt Zinsen (2007 = 606,8 TE; 2008 = 580,2 TE), die wir für andere Aufgaben bitter benötigen und es wird mit überwiegend zweckgebundenen Finanzzuweisungen Einfluss auf die Kommunalpolitik genommen, indem Auflagen erteilt werden, die das kommunale Leben lähmen (siehe freiwillige Aufgaben < 2 % der HH Summe) – ich erinnere an die teilweise skurrilen Auflagen bei der HH Genehmigung der letzten Jahre.
- Eine wirkliche soziale Kommunalpolitik im Interesse der Bürger unseres Landkreises scheitert schon an solchen Sachzwängen und hinzu kommt, dass die Kommunen die Maßnahmen bezahlen, die durch Bundes- und Landesregierung beschlossen wurden. (Schülerbeförderung, Betreuungsgesetzgebung, Hartz IV Gesetzgebung u.v.a.m.)

Und dann sagen sie im Kreisausschuss Herr Buchholz, wir würden nur nach oben rufen um Geld zu bekommen bis hin zum lieben Gott. Solche Aussagen sind unredlich, weil eine kommunale Finanzreform mehr als überfällig ist. Bei eigenen Einnahmen, die der Kreis selbst beeinflussen könnte, würde die am Tropf hängende Variante Schlüsselzuweisungen und Kreisumlage beseitigt werden, die gegenwärtig dazu führt, den Landkreis gegen die Gemeinden und umgekehrt auszuspielen (siehe auch bestimmte Einwendungen der Gemeinden).

Zum Haushalt selbst:

1. Dank der stabilen Mehrheit durch die Kooperation konnte ohne Parteiengezänk der Kurs der Konsolidierung fortgesetzt werden. Ursache waren verbesserte Rahmenbedingungen (Sonderzuweisungen) aber auch durch eigene Anstrengungen, so unter anderen durch Verminderung der Kosten Heimerziehung, Begrenzung der Personalkosten trotz Tariferhöhung, Grundsatzbeschluss KuGmbH. Das strukturelle Defizit wurde einmal auf 112 Mio im Jahre 2010 vorausgesagt, mit Abschluss 2008 ist es 24,84 Mio gegenüber Plan 2008, der mit 46,2 Mio angesetzt war.
2. Im HH Ausschuss wurde von der CDU und der FDP eine Debatte geführt, Ausgaben für freiwillige Aufgaben stärker zu senken. Da stellt sich die Frage: Wollen sie das Brecht Weigel Haus schließen? Wollen sie die Gedenkstätte Seelow (von internationaler Bedeutung ohne Unterstützung durch die BRD) schließen und platt machen? Wollen sie die Arbeit der Musikschule MOL, an der 1700 Schüler nicht an Waffen ausgebildet werden, sondern Musikinstrumente beherrschen lernen, nicht mehr fördern? Wir reden gern über effektivere Modelle, bisher hat sie keiner mit exakter Berechnung vorschlagen können und zugleich versichert, dass die Qualität und Quantität der Betreuung danach erhalten bleibt.

Nehmen wir ihr **Kürzungsbeispiel den Schulzoo Altreetz**.

Ihr Vorschlag: Abschmelzen von 83.000 auf 74.700 €.

Zum 1.1. 2005 wurde ein neuer Vertrag mit dem Zoo geschlossen, der den Zuschuss bereits um rd. 10.000 € verringerte (Rückführungsklausel verändert – Zoo war einmal Kreiseigentum) Vertrag sichert langfristig mit 83.000 € - 10 Jahre die stabile pädagogische Arbeit der Einrichtung. Weiterhin den Ausbau zu einer Bildungsstätte mit Ferienhof, Kunstgalerie und Behindertendorf . Der Ausbau des Wirtschaftshofes ist geplant. Die Anzahl der Besucher wurde von ehemals ca. 10.000 auf über 30.000 erhöht. (ca. 300 Tiere) – Der Leiter Herr Willberg (heute 71) arbeitet seit 65. Lebensjahr ehrenamtlich weiter. Die Betriebskosten steigen ständig, vor allem Energiekosten (*da kann der Hamster im Laufrad drehen wie er will, er wird keinen Strom erzeugen können).* Um Mittel der EU und andere einzuwerben muss eine zumutbare Grundförderung vorhanden sein (Managergehälter werden hier ohnehin nichtgezahlt).

Ihr **Kürzungsbeispiel: Heimatkalender** 8.600 € auf 6.000 €. Eigentlich kostet uns diese einzige Veröffentlichung auf dem Gebiet ganze 2.900 €. Durch Spenden und Verkaufseinnahmen wird die Finanzierung wesentlich gesichert. Mancher Spender oder Sponsor gibt auch nur Geld, wenn man einen Eigenanteil aufbringt.

Kürzungsbeispiel Bibliotheken **40.000 auf 36.000 €.** Man sollte wissen, dass wir gegenüber anderen Landkreisen über keine eigentliche Kreisbibliothek verfügen. Die Bibliothek BFW erfüllt sozusagen die Aufgabe mit, sonst wäre es viel, viel teurer.

10.477 Ausleihungen an kleinere Bibliotheken im Landkreis wurden realisiert. Wir freuen uns über die solide und sparsame Arbeit in der Einrichtung. 2006 haben wir die Zuschüsse bereits um 4.500 € gekürzt, als es uns besonders eng wurde.

Ebenso der Sport um 15.000 € und die Kulturarbeit um 5.000 € (2007).

Wir denken das ist genug!

Wer **musiziert**, mit **Tieren umgehen kann**, *Bücher liest* und füge ich noch hinzu wer im Verein **Sport treibt und am allgemeinen Vereinsleben aktiv teilnimmt**, gehört in der Regel nicht zu den Außenseitern in unserer Gesellschaft.

Deshalb liebe Kollegen sind die Unterstützung der freiwilligen Aufgaben wichtiger denn je. Wenn der HH konsolidiert ist, müssen wir uns auch über die Erhöhung von Zuschüssen in diese Richtung wieder Gedanken machen.

Auch die Beanstandung der Ausgaben für Weiterbildung ist nicht nachvollziehbar. Wir sind für eine qualifizierte, effiziente Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Grundlage für die Arbeit einer sachkundigen und bürgernahen Verwaltung. Und jeder, der mit Computern umgeht weis, das spätestens in 4-5 Jahre die Softwareentwicklung so schnell vorangeschritten ist, das die Hardware in der Regel ausgetauscht werden muss. Man muss also immer am Ball bleiben was die Technik betrifft, als auch die Qualifizierung der Mitarbeiter. Unsere Bürger haben eine solide, qualifizierte Bürgerberatung durch die Verwaltung verdient.

Die beste Nummer ist der Vorschlag der Einsparung des 3. BO. Liebe Kollegen der CDU. Sie haben in der damaligen Koalition die Einführung eines weiteren BO neben den Dezernenten eingebracht, also LR, 2 BO und 2 Dezernenten summa summarum 5. Die gegenwärtige Kooperation hat den LR und 3 BO (davon im Moment nur 2 besetzt) als politisches Führungsteam durchgesetzt. Das ist bereits eine Kürzung, die 2006 realisiert wurde. Jeder dieser Führungspersonen muss sich nach 8 Jahren wieder der Wahl stellen. Der 3. BO ist wichtig und notwendig zur Führung des Verantwortungsbereiches „Bauen“. Einverstanden sind damit, dass die Besetzung nun etwas zu beschleunigen ist.

Dieter Schäfer

Bürgerbüros

Dagmar Enkelmann - MdB

15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 30 39 84
Fax: (0 33 41) 30 39 85
Mo. - Do. 9 - 16 Uhr
Freitag nach Vereinbarung
dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de
www.dagmar-enkelmann.de

Kerstin Kaiser - MdL

15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 49 77 11
Fax: (0 33 41) 30 39 85
Mo. - Do. 8 - 16 Uhr
info@kerstin-kaiser.eu
www.kerstin-kaiser.eu

Wolfgang Heinze - MdL

15306 Seelow, Fichtenweg 4
Telefon: (0 33 46) 88 41 21
Telefax: (0 33 46) 88 41 59
Mo. 8 - 10 Uhr
und nach Vereinbarung
info@wolfgang-heinze.eu

Gerlinde Stobrawa- MdL

16259 Bad Freienwalde, Grünstr. 8
Telefon: (0 33 44) 30 13 55
nach telefonischer Anmeldung

Renate Adolph - MdL

15366 Hoppegarten, OT Hönow
Mahlsdorfer Str. 61/HEP
Telefon: (0 30) 99 27 47 49
Telefax: (0 30) 99 27 47 43
Mo.,Mi., Do.14 - 18 Uhr
www.renate-adolph.info
renate@adolph.de

Geschäftsstellen

Bad Freienwalde

Grünstraße 8,
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 34 66
www.dielinke-frw.de
Öffnungszeiten:
Di. 9 - 12 Uhr

Seelow

Breite Straße 9,
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 4 17
www.dielinke-seelow.de
Öffnungszeiten:
Mo. und Mi. 9 - 12 Uhr
Di. 9 - 12 Uhr
15 - 17 Uhr

Strausberg

Große Straße 76,
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
Öffnungszeiten:
Mo. bis Do. 9 - 12 Uhr

e-mail: info@dielinke-mol.de

Interessantes

Russlands Gas – Chance für Europa



Die Europäische Union, der inzwischen 24 Staaten angehören, hat sicher viele Probleme. Ihr Problem Nr. 1 aber heißt „Energie“.
Niemand kann sich heute real vorstellen, wie die EU ohne solide Energieversorgung aussehen würde. Jeder aber weiß,dass riesig viel Energie täglich notwendig ist, um Wirtschaft, Wohlstand, ja das Leben überhaupt auf dem heutigen Niveau zu halten. Angesichts des weltweit unaufhaltsam wachsenden Bedarfs an den herkömmlichen Primärenergieträgern Erdöl, Erdgas, Kohle und Kernbrennstoff macht sich alle Welt Sorgen um seine Abdeckung.
Die „erneuerbaren Energieträger“ haben trotz eines hohen Wachstumstempo in den letzten 20 Jahren weiterhin nur einen marginalen Stellenwert, was sich auch in nächster Zukunft kaum ändern wird. In der BRD lagen 2005 die „sonstigen Energieträger“ mit nur 4,7% Anteil am Gesamtenergieaufkommen.e: 9/10 des Primärenergiebedarfs müssen heute und in nächster Zukunft auf herkömmliche Weise abgedeckt werden. So ist die Lage.
Seit vielen (auch DDR-) Jahren in Spitzenpositionen mit Energiefragen befasst, weiß Friedrich Götz, wovon er spricht. Er stellt fest: Das russische Erdgas ist eine Chance für Europa.
In seinem Buch (139 Seiten) analysiert er Weltenergieverbrauch, Weltvorräte an Primärenergieträgern, Bedingungen ihrer Gewinnung, ihres Transportes u.a. Parameter. Dabei wird für die Nutzung von Erdgas eine lange zeitliche Perspektive deutlich. 2003 wurden die Erdgasresourcen weltweit mit 385000 Milliarden Kubikmetern beziffert, d.h. doppelt soviel wie die gegenwärtig bekannten, sicheren Vorräte. Sie würden ausreichen, um für etwa 200 Jahre das Niveau der heutigen Gasgewinnung zu halten; Erdgas ist wegen der riesigen Vorräte und aufgrund seiner Eigenschaften Primärenergie mit großer Zukunft.
West- und Mitteleuropa importieren z.Zt. etwa 40% ihres Erdgasbedarfs. Russland ist schon heute mit 151 Milliarden Kubikmetern Export jährlich zu einem Drittel an der Bedarfsdeckung West- und Mitteleuropas beteiligt.
Im Buch erfährt man hochinteressante Details über die russische Erdgasindustrie, über Bedingungen der Erkundung und Erschließung neuer Lagerstätten, technische Erfordernisse des Transportes über tausende Kilometer. Deutlich werden die Probleme, die sich beim Zerfall der Sowjetunion für diesen Industriekomplex ergaben.
Man begreift die Riesensummen an Investmitteln und versteht die Konsequenzen und Händeleien für die Preisgestaltung; auch die Auseinandersetzungen Russlands mit ehemaligen SU – Ländern über Transitgebühren. Und schließlich erläutert F. Götz Fakten zum Herangehen der russischen Regierung an diesen Industriezweig und zum Erdgasgiganten GASPROM und dessen Strategie, verlässliche langfristige Handelsbeziehungen zum gegenseitigen Vorteil und Nutzen mit den Erdgasverbrauchern der EU herzustellen und zu entwickeln. Ein lesenswertes Buch !

Erhältlich ist es bei; Books on Demand GmbH, Norderstedt, ISBN : 978-3-8334-7454-5

F. Schneider

Was? Wann ? Wo ?

- **Kranzniederlegung anläßlich des Sieges über den Faschismus**
  08.05., *16.00 Uhr,* **Gedenkstätte an den Seelower Höhen**
- **Helmut Markov u. Helmut Scholz zur Europapolitik**
  26.05., *18.00 Uhr, Hoppegarten*
- **Die Partei hatte manchmal Recht**
  Lesung mit Matthias Kraus
  29.05., *18.00 Uhr*
  Linkstreff Strausberg

Impressum

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL

Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinnwahrend redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Bernd Sachse, Tel.03341-303984
Mail: info@dielinke-mol.de
Redaktionsschluss : 20. April 2009
Layout u. Satz : Fortunato Werbung, Seelow
Fotos/Grafik : DIE LINKE. MOL, privat